

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Özcan Mutlu, Tabea Rößner, Kai Gehring, Beate Walter-Rosenheimer, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Ulle Schauws, Doris Wagner, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Zielsetzungen der Bundesregierung in Bezug auf die Erkenntnisse der „International Computer and Information Literacy Study“ zu computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern**

Der gesellschaftliche Wandel erfordert Fähigkeiten, digital vermittelte Informationen auszuwählen, zu verstehen, zu nutzen und zu kommunizieren. Medienbildung ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche, insbesondere aber auch für die Schule, verpflichtende Aufgabe. Das deutsche Bildungssystem muss daher sicherstellen, dass Heranwachsenden der kompetente Umgang mit neuen Technologien vermittelt wird und sie fachbezogene Kompetenzen sowie fächerübergreifende Schlüsselkompetenzen erwerben können.

Bei der Studie „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS 2013) liegen die in Deutschland hinsichtlich ihrer computer- und informationsbezogenen Kompetenzen getesteten Schülerinnen und Schüler mit 523 Punkten zwar über dem internationalen Mittelwert von 500 Punkten, jedoch unter dem internationalen Mittelwert der Vergleichsgruppe Europäische Union von 525 Punkten. Insgesamt schneiden die in Deutschland getesteten Schülerinnen und Schüler nur durchschnittlich ab, wobei jedoch fast ein Drittel lediglich Kompetenzen in einer der beiden untersten Kompetenzstufen erreichen, also nur über rudimentäre und basale Fähigkeiten und Wissensstände für den Umgang mit neuen Technologien verfügen. Überproportional häufig in den unteren Kompetenzstufen sind dabei vor allem Schülerinnen und Schüler aus unteren und mittleren sozialen Lagen, vor allem aber auch Jugendliche mit Migrationshintergrund vertreten. Sowohl die private als auch die berufliche und die gesellschaftliche Teilhabe dieses Personenkreises sind damit gefährdet.

In Anbetracht der derzeitigen verfassungsrechtlichen Lage bleiben Fragen, wie der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern fördern kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen von ICILS 2013?
2. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung hinsichtlich der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getätigten Aussage „Wir werden mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine gemeinsame Strategie ‚Digitales Lernen‘, die die Chancen der neuen Medien für gute Bildung entschlossen nutzt, entwickeln und umsetzen“ (S. 22) bisher eingeleitet?

3. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung hinsichtlich nachfolgender im Koalitionsvertrag getätigten Aussage bisher eingeleitet: „deshalb werden wir in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die Bildung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert stärken“ (S. 23)?
4. Fördert die Bundesregierung im Rahmen der Bildungsforschung aktuelle schulrelevante wissenschaftliche Forschung hinsichtlich der Frage, wie computer- und informationsbezogene Kompetenzen systematisch durch schulisches Lernen gefördert werden können?
5. Falls ja, wie wird sichergestellt, dass die daraus resultierenden Erkenntnisse in die Lehrerbildung einfließen?
6. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, an welchen Studienstandorten das Thema digitale Bildung/Medienpädagogik im Lehramtsstudium schon heute als freiwilliges Modul angeboten wird oder als verpflichtendes Modul belegt werden muss (bitte nach Studienstandorten und Studienangeboten differenziert auflisten)?
7. Wie viele Antragskizzen wurden von welchen lehramtsausbildenden Hochschulen im Rahmen der Ausschreibung zur „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ bis zum 14. November 2014 eingereicht, und wie viele dieser Antragskizzen verfolgen explizit das Ziel, Kompetenzen hinsichtlich der digitalen Bildung von Lehramtsstudierenden zu fördern?
8. Plant die Bundesregierung für die Jahre 2015, 2016 und 2017 Investitionen in die Verbesserung der IT-Ausstattung von Schulen, beispielsweise durch die Bereitstellung von modernen Technologien?
9. Welche Rolle spielt nach Einschätzung der Bundesregierung eine gute Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software, um die soziale Spaltung im Bereich der digitalen Kompetenzen gezielt verringern zu können?
10. Welchen Wissensstand hat die Bundesregierung darüber, wie nachhaltig das Programm „Schulen ans Netz“ gewirkt hat, wie viele Schulen davon heute noch profitieren und welche Evaluationen es zur Wirkung dieser Infrastrukturförderung auf das digitale Lernen insgesamt sowie auf die Verkleinerung der digitalen Spaltung entlang der sozialen Herkunft von Schülerinnen und Schülern gibt?
11. Wird die Bundesregierung in ihren Beratungen mit den Ländern zum Nationalen Bildungsbericht darauf hinwirken, dass die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen in die Bildungsberichterstattung integriert werden, und falls ja, in welcher Form?  
Falls nein, warum nicht?
12. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine Erweiterung von ICILS auf den Primarbereich Sinn macht, und falls ja, was wird die Bundesregierung tun, um eine solche Erweiterung umzusetzen?  
Falls nein, warum nicht?
13. Wie hoch ist die Summe, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für ICILS 2013 bereitgestellt hat, und auf welche Summe beläuft sich der Eigenanteil von der TU Dortmund und der Universität Paderborn?
14. Welche Summe wird von der Deutschen Telekom Stiftung für das Vertiefungsmodul in ICILS 2013 aufgewendet, und aufgrund welcher inhaltlichen Abwägungen wird dieses Vertiefungsmodul nicht vom BMBF finanziert oder co-finanziert?

15. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in der 18. Wahlperiode eingeleitet, um die Anzahl der Studierenden und den Anteil von Studentinnen in den Studiengängen Informatik oder Elektrotechnik zu erhöhen?
16. Wann soll es Gespräche mit den Ländern hinsichtlich der im Koalitionsvertrag angekündigten Einführung von Profilschulen IT/Digital geben (S. 23), oder haben diese Gespräche bereits stattgefunden?
17. Welche Projekte bzw. Programme hat die Bundesregierung hinsichtlich der digitalen Bildung von Schülerinnen und Schülern bisher auf den Weg gebracht, bis wann laufen diese Projekte bzw. Programme, und liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon Evaluationen diesbezüglich abgeschlossener Projekte vor?
18. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die Abbrecherquote bei Studentinnen in den sogenannten MINT-Fächern (MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), vor allem im Studiengang Informatik, seit dem Jahr 2009 ist?
19. Inwiefern erwartet die Bundesregierung Impulse zur Steigerung der computer- und informationsgestützten Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern durch die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, angekündigte Einrichtung eines Internet-Institutes, und wodurch wird diese Zielsetzung bei der Konzeption des der Einrichtung vorgeschalteten Wettbewerbs berücksichtigt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 2015)?

Berlin, den 20. Februar 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

